

Anal. wochentl. Bezugspreis: für Juni 2 M., auschl. Postgeb. Berechnung der Anzeigen nach Rent-Mark. Preise: Die eingepaltene Beilage 30 S., f. Familien- u. Vereinsanz., Beilage 20 S. Die Zeitungsbeilage 30 S. mm breit, 1 M. Offertengebühr für Selbstzahler 20 S., bei Ueberlieferung d. d. Post außerdem Porto- u. Zuschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schabenerlag. Für unentgeltlich u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehenen Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden.

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck- und Verlags- u. Buchdruckerei GmbH, Dresden-N. 10, Holbeinstr. 46, Fernruf 32722, Telefontext Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-N. 10, Holbeinstr. 46, Fernruf 32722 und 33639

Die Zustände im Reichstag

Von unserem parlamentarischen Vertreter wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Der demokratische Abgeordnete Koch hatte im Hinblick auf die Vorgänge im Reichstag bei den Debatten über die Regierungserklärung ausgesprochen, daß, wenn es so weitergehe, demnächst die Reichstagsparteien darauf Bedacht nehmen müßten, auch einige handfeste Preisbooger als Kandidaten aufzustellen und in den Reichstag wählen zu lassen! ...

Dah es tatsächlich notwendig wäre, darauf zu verfahren, dafür ließe die erste Reichstagsführung nach den Pfingstferien einen — wörtlich! — handgreiflichen Beweis.

Man hätte sich ja auch wundern müssen, wenn verschiedene in ihrem Pfingst-Erholungsurlaub mit Mut und Kraft neu gestärkte Volkswortredner nicht auch darauf drängen würden, ihre politische Ueberzeugung durch die Tat, so wie sie sie verstehen, zu dokumentieren. Wie sind aber freilich der Meinung, daß dafür der Reichstag nicht der geeignete Schauplatz ist. Es gibt ganz andere und populärere Säulen, an denen sich solche Klünste unter dem Beifall der Menge entfalten können! ...

Wie haben in diesem neuen Reichstag, den gemäßigt zu haben ein Teil des deutschen Volkes als eine der ärgsten Dummheiten sich ankreiden muß, schon so vielbewegliche Klagen über das „gesunkene Niveau“ gehört. Der alte Reichstag ist arg verlästert worden. Auch sein „Niveau“ wurde nicht übermäßig hoch eingeschätzt. Aber in all den vier Jahren seines Bestandes hat man nicht soviel Hochhaltungen in dieser Angelegenheit vernommen, als sie die 14 Tage des neuen Reichstages produziert haben.

Es ist doch bemerkenswert, daß der Lärm und Spektakel immer wieder bei denjenigen beiden Parteien den Hauptteil hat, die bewußt und zustandenermaßen darauf ausgehen, diesen Reichstag und damit das parlamentarische System verächtlich zu machen und zu blamieren. Daß sie selber dabei die Rolle des Sanssouffisten spielen, und vor der Menge sich in Unterhosen zeigen, kommt den Akteuren, die zugleich die Komödianten sind, offenbar garnicht in den Sinn. Von der Publikumstribüne herunter mußten sie sich, als sie sich gegenseitig an die Gurgel gefahren waren, zurufen lassen: Pfui Teufel, ihr wollt deutsche Männer sein! ...

Man möchte tatsächlich wünschen, daß die Pfeiler des Reichstages in solchen Situationen gerückt würden bis an die Grenzen des Reiches. Dann könnte das deutsche Volk einmal praktischen Anschauungsunterricht darüber genießen, was es mit seiner Wahl vom 4. Mai angedeutet hat, und die Wähler der Nationalisten und der Kommunisten würden sich dann auch einmal ein Bild davon machen können, was für Leute sie in den Reichstag geschickt haben und wie sie die Würde von Volk und Land auffassen.

Es ist in der erwähnten Reichstagsführung zu einer förmlichen Schlaucht gekommen, und es entspann sich dabei eine Auseinandersetzung darüber, ob die Kämpfer Vorderfronten- oder Hinterfrontenleute seien. Man hätte es ja begreifen können, wenn die Kommunisten angesichts der den Anlaß zu den Verhöhnungen gegebenen Äußerung des ehemaligen bayerischen Justizministers und jetzigen Nationalsozialisten, Abgeordneten Koch, daß den bayerischen Kommunisten Levine die Angel zu Recht getroffen habe, eine ehrliche Entrüstung gehabt hätten. Davon war aber ganz und gar nicht die Rede. Man mußte das Gebaren der Kommunisten einmal gesehen haben, um inne zu werden, welche Heidenpaß es ihnen machte, nach einer sehr trockenen und nüchternen Sitzung wieder einmal Leben in die Rede zu bringen. Schöke in und seine Genossen inszenierten einen Akt, bei dem sie sich sichtlich prachtwoll amüsierten. Sie warfen Papierschnitzel gegen das Rednerpult, knitterten Zeitungen zusammen, mit denen sie aber nicht die Redner, sondern die Köpfe schuldloser Entenographen trafen. Der stets im schwarzen Kaschkienshemd erscheinende Volkstheoretiker Eppstein nimmt ein Wasserglas in die Hand und ruft im Wok in das Haus: „Wenn der Kerl da eben weiterredet, legt er das Glas an den Kopf!“ Koch redet weiter. Man erwartet eine dramatische Kanonade, aber siehe da, Eppstein läßt das Wasserglas sinken und lehnt sich behaglich in den Sessel zurück. Dafür aber zieht er das Messer, aber nur, um sich die Nagel zu säubern! ...

Inzwischen wird es freilich vor der Rednertribüne etwas ernster. Der deutschnationale Lawrenz, ein Hühner an Gesicht, schließt sich mit seinem nicht zu übersiehenden Rückenteil am Tisch des Hauses gegen die Linke vor. Dort gerät er in „Tuchfühlung“ mit dem Sozialdemokraten Eggerstedt, den die Seinen „jerlich“ nennen. Eggerstedt ist verdutzt, die übrigen haben den Eindruck, daß Lawrenz provozieren wollte, drängen auf ihn ein und werfen ihm mit einer kräftigen Bewegung gegen die Hände. Lawrenz wird freibewußt, setzt sich aber nicht zur Gegenwehr. Die Nationalsozialisten drängen vor. Da springen mehrere Sozialdemokraten einem Nationalsozialisten, von dem sie offenbar glauben, daß er zu einem Schläge auszuholen beabsichtige, an die Gurgel und schütteln ihn kräftig durcheinander. Der Bauernbündler Rehr und andere drängen sich zwischen die streitenden Parteien, was keine Kleinigkeit ist, und suchen sie anzuhalt-

Bertagung der Julikonferenz? Zuerst Klärung mit Belgien

Paris, 26. Juni. Herriot hat gestern abend den englischen Volschaffter am Quai d'Orsay empfangen und mit ihm eine längere Aussprache gehabt. Der diplomatische Mitarbeiter der Mail Mail glaubt zu wissen, daß Herriot den englischen Volschaffter dringend ersuchte, Macdonald sofort um Aufschlüsse hinsichtlich des Unterschiedes zu bitten, der zwischen dem französischen und dem englischen Komunique, die als Ergebnis der Besprechungen in Chequers veröffentlicht wurden, besteht. Herriot lege sich angesichts der Widerstände, auf die er in Brüssel und bei Macdonald gestoßen sei, Rechenschaft davon ab, daß vor einem erfolgreichen Zustandekommen der Londoner Konferenz im Juli ein weiterer Meinungsaustausch zwischen England und Belgien erfolgen müsse. In Paris herrscht daher, wie der Mitarbeiter schreibt, die Auffassung vor, daß die für Juli angeordnete Konferenz aus oben erwähnten Gründen auf später verlegt werden müsse.

Paris, 26. Juni. (Drahtbericht.) Wie die „Agence financière“ erzählt, beabsichtigt Reichskanzler Brügel sich am 8. Juli nach Paris zu begeben, um die Verhandlungen mit Frankreich zu beschleunigen.

Wie wir von zuständiger Stelle hören, ist diese Meldung vollkommen aus der Luft gegriffen.

Zwei Sendboten Amerikas für die Julikonferenz

Paris, 26. Juni. (Drahtbericht.) Dem „Matin“ wird aus New York gemeldet, daß nach einem Telegramm aus Washington Präsident Coolidge den Londoner amerikanischen Volschaffter und den Obersten Voagan gebeten habe, der internationalen Konferenz, die am 16. Juli in London stattfinden soll, als Beobachter beizuwohnen. In amerikanischen Kreisen erregt diese Nachricht großes Interesse und man hält es für sehr wahrscheinlich, daß der Beobachter mit ausgedehnteren Vollmachten betraut werden wird, als es bisher der Fall war.

Die Brüsseler Vereinbarungen

Paris, 26. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des Temps sagt auf Grund von Mitteilungen in allgemein gutunterrichteten belgischen Kreisen die Ergebnisse der Brüsseler Besprechungen in der Reparationsfrage wie folgt zusammen. Die Belgier hätten sich mit der Einberufung einer interalliierten Konferenz am 16. Juli in London einverstanden erklärt. Das Programm der Konferenz werde streng auf den Sachverständigenplan beschränkt sein. Paris und Brüssel seien darüber einig, daß über den Zeitpunkt, an dem sämtliche Forderungen des Sachverständigenberichtes erfüllt seien und Frankreich und Belgien ihre wirtschaftlichen Pfänder im Ruhrgebiet und am Rhein ausgeben würden, die Reparationskommission zu befinden hat.

Die militärische Räumung des Ruhrgebietes würde in zwei Etappen erfolgen. Die Besetzung werde zunächst unsichtbar gestaltet und dann ausgegeben werden, nachdem ein großer Teil der deutschen Industrieobligationen untergebracht sei.

London, 26. Juni. Die Abendblätter berichten übereinstimmend, daß im Gegensatz zu den auf dem Festlande verbreit-

der zu bringen, wobei sie auch noch einige Pässe mit abbekommen. Schließlich schreibt Behrensbach, über das ganze Gesicht lachend, in die Reihen und ihm gelang es, durch Freundschaft und Humor die förmlich ineinander verbalgten Teile wieder auseinander zu bringen. Zwischendurch hat man aber dreimal die Sitzung aufheben müssen, um nicht das Schlimmste zu riskieren.

Man sieht: Das Schicksal nach Preisboogern im Reichstage ist berechtigt! Vielleicht kommen wir noch dazu, daß jeder Reichstagskandidat demnächst einen Vog- und Ringertkurs mitmacht und in einer von Autoritäten abzugebenden Prüfung den Befähigungsnachweis zum Einzug in den Reichstag zu erbringen hat! ...

Aber nun Scherz beiseite! Ist es nicht geradezu widerwärtig, in einer Zeit der größten Entscheidungen derartige Szenen im Hause der deutschen Volksvertretung mit erleben zu müssen? Es wäre höchste Zeit, daß sich diejenigen Parteien zu gemeinsamem Vorgehen zusammenschließen, denen die Wahrung der Würde der deutschen Volksvertretung und damit aber auch des deutschen Volkes nicht nur leere Phrase, sondern ernste Gewissenssache ist.

Die Arbeit dieser Woche

Wie man uns aus dem Reichstag mitteilt, werden die von dem Reichstag noch in dieser Woche zu bewältigenden Aufgaben ganz außerordentlich umfangreich und zugleich schwierig sein. Mit am frühesten sind die Beamtenfragen, die mit der, vielfach sehr starken Unwillen hervorgerufenen, kürzlichen Neuregelung der Be-

leten Mitteilungen, Macdonald dem französischen Ministerpräsidenten keine militärischen Zusicherungen gemacht habe. Von einem militärischen Pakt könne keine Rede sein.

Die heutige Kammer Sitzung

Paris, 26. Juni. (Drahtbericht.) Es steht noch nicht völlig fest, ob die heutige Aussprache in der Kammer sich zu einer großen politischen Debatte entwickeln wird. Vorläufig liegt nur eine Anfrage des Abgeordneten Klotz über die auswärtige Politik vor. Nach der Geschäftsordnung des französischen Parlaments kommt bei einer solchen Anfrage nur der Fragesteller und der antwortende Minister zu Wort. Eine Debatte kann sich nur entwickeln, falls die Anfrage zu einer Interpellation weiterführt. In diesem Falle erwartet man, daß Briand das Wort ergreifen wird, um sich zur auswärtigen Politik zu äußern.

Paris, 26. Juni. (Drahtbericht.) Herriot empfing gestern den englischen Volschaffter, mit dem er eine längere Aussprache hatte, die sich, wie man vermutet, auf die Vorbereitung der Konferenz am 16. Juli bezog. Herriot empfing anschließend den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Kall.

Nach einer Meldung des Berliner Korrespondenten des „Journal“ wird Volschaffter von Hoeßl morgen bei Herriot einen Schritt unternehmen, um über die Fragen der Räumung des Ruhrgebietes und der Militärkontrolle nähere Erklärungen zu verlangen.

Spaltung der französischen Linken im Senat

Paris, 26. Juni. Die demokratische Linke des Senats hat vor der Spaltung. Sie hat gestern unter dem Vorsitz von Vivreau-Martin eine Sitzung abgehalten, in der dieser über die Tendenzen der einzelnen Gruppen innerhalb der Fraktion berichtete. Es scheint, daß sich nicht nur bei der gemeinsamen, sondern auch bei der öffentlichen Abstimmung eine Anzahl Mitglieder der Fraktion geschlossen von der Mehrheit getrennt hat. Darauf sei auch die Wahl der Senatspräsidenten zurückzuführen, nicht aber auf Meinungsverschiedenheiten über die Personenfrage.

Unbegründete polnische Beschwerden

Berlin, 26. Juni. Halbamtlich wird erklärt: Die polnische Regierung hat durch ihren Berliner Gesandten der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, in welcher dieser zum Vorwurf gemacht wird, sie sei ihren Verpflichtungen auf Grund des Genfer Abkommens über Oberkesseln, innerhalb der für Oberkesseln geltenden Optionsfrist Optionsbehörden zu stellen, nicht nachgekommen. Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort festgestellt, daß die deutschen Optionsbehörden bereits durch Verordnung der Reichsregierung vom 15. Mai dieses Jahres bestellt worden sind.

Ein amerikanischer Riesenprozess

New York, 26. Juni. (Drahtbericht.) Gegen die Standard Oil Company und gegen 40 andere Gesellschaften hat der Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten einen Prozess angestrengt. Die Gesellschaften werden beschuldigt, das Antitrustgesetz verletzt zu haben, indem sie die Kontrolle über die Gasolinproduktion in ihre Hand zu bringen verstanden.

Zusammentritt des japanischen Parlaments

Tokio, 26. Juni. (Drahtbericht.) Das japanische Parlament ist gestern zum erstenmal nach dem allgemeinen am 10. Mai stattgefundenen Wahlen zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit haben die Regierungsparteien das politische Programm der neuen Regierung bekannt gegeben. Die Regierungsparteien beabsichtigen unverzüglich die Lösung der zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und China noch schwebenden Fragen zu unternehmen, sowie ein für alle Mal die politische Haltung Japans zu diesen Ländern auch für die Zukunft zu bestimmen.

Die Verhandlungen des Freitag und Sonnabend ist dann zunächst einmal die Billigung eines Sonderausschusses mit 14 Mitgliedern bezüglich der Vertrieben der besetzten Gebiete vorzusehen. Hierbei dürften sich wahrscheinlich keine Debatten entspannen. Die Hauptfragen in diesen Tagen werden sich um die Probleme der Kreditnot, überhaupt der Lage der Landwirtschaft und des Weinbaues entwickeln. Dazu wird dann voraussichtlich auch noch die Auswertungsfrage zur Erörterung gestellt, auf deren Behandlung die Deutschnationalen ein besonderes Gewicht legen.

Neben alledem stehen dann die freilich noch nicht im Plenum, sondern nur in den Fraktionen zu führenden Verhandlungen über die Stellungnahme der Parteien zu der Entwaffnungsfrage. Auch diese Dinge sind von großer Bedeutung, weil sie entscheidend sind für das Schicksal des gesamten Sachverständigen Ausschusses.

Neben alledem stehen dann die freilich noch nicht im Plenum, sondern nur in den Fraktionen zu führenden Verhandlungen über die Stellungnahme der Parteien zu der Entwaffnungsfrage. Auch diese Dinge sind von großer Bedeutung, weil sie entscheidend sind für das Schicksal des gesamten Sachverständigen Ausschusses.

Neben alledem stehen dann die freilich noch nicht im Plenum, sondern nur in den Fraktionen zu führenden Verhandlungen über die Stellungnahme der Parteien zu der Entwaffnungsfrage. Auch diese Dinge sind von großer Bedeutung, weil sie entscheidend sind für das Schicksal des gesamten Sachverständigen Ausschusses.